

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/4432 und 17/3867 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Förderung auf nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft ausrichten

– Drucksache 17/4542 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Petra Crone, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln

– Drucksache 17/2479 –

(B)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Friedrich Ostendorff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Versetzen wir uns doch einmal in das Jahr 2020 und fliegen über die ländlichen Räume Europas! Was sehen wir unter uns? Sehen wir vielfältige Landschaften, gegliedert durch Hecken, Bäume, Bäche und Dörfer, vielseitige Feldfrüchte, Wiesen und Weiden, belebt von Tieren?

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Ich sehe jede Menge Rapsfelder vor mir!)

Oder sehen wir in den fruchtbaren Gebieten vor uns ausgeräumte Landschaften, Maismonokulturen, hier und da eine Tierfabrik, die weniger fruchtbaren Gebiete verodet

und ehemals grüne Mittelgebirge verbuscht und verwaldet? **(C)**

Beides ist möglich. In den nächsten Monaten werden die Weichen dafür gestellt, welche Richtung die Gemeinsame Agrarpolitik und damit die Landwirtschaft in Europa nach 2013 nehmen wird. Bäuerliche Landwirtschaft oder Agrarindustrie? Das ist die Frage, über die wir hier heftig streiten, weil sie keine Geschmacksfrage, sondern die landwirtschaftliche Zukunftsfrage ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Spätestens seit dem Dioxinskandal pfeifen doch die Spatzen von den Dächern, dass etwas faul ist im Staate Sonnleitner,

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Ihre Witze waren auch schon mal besser!)

dass die alte Agrarpolitik an ihr Ende gekommen ist und dass es Zeit ist für einen Neuanfang, Zeit für die Agrarwende 2.0.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Frau Künast!)

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin, als Antwort auf die Dioxinkrise Herrn Kollegen Bleser, der wie kaum ein anderer die Kumpanei zwischen CDU, Großgenossenschaft und Bauernverband verkörpert, zum Staatssekretär im BMELV zu machen, ist entweder dumm oder dreist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Ostendorff, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bleser? **(D)**

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich sage noch einen Satz; dann haben wir den Zusammenhang, damit der Kollege Bleser alles bearbeiten kann. – In jedem Fall zeigt es uns, dass die CDU die Zeichen der Zeit nicht einmal ansatzweise verstanden hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt der Kollege Bleser.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Kollege Ostendorff, können Sie mir sagen, warum Sie so verbittert sind und gegen die Genossenschaften wettern, die im vorletzten Jahrhundert als Notgemeinschaften der Bauern gegründet wurden und in denen die Landwirte – etwa in Molkereigenossenschaften oder Warengenossenschaften – ihren Absatz selbst organisieren? Halten Sie es für falsch, dass in den Führungsgremien dieser Genossenschaften nicht Vertreter von irgendwelchen Kapitalgesellschaften sind, sondern Bauern, die für ihre Mitglieder dafür sorgen, dass das entsprechende Geschäftsgebarren eingehalten wird?

Peter Bleser

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gestatten Sie, Herr Kollege Bleser, dass ich Ihre Fragen in umgekehrter Reihenfolge beantworte. Ja, ich halte es für falsch, dass gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gleichzeitig interessengeleitete Aufsichtsratsvorsitzende in sehr großen Genossenschaften sind. Das halte ich in der Tat für falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Schon aus politischer Hygiene sollten wir eine gewisse Distanz an den Tag legen und uns entscheiden, ob wir Interessenvertreter einer Genossenschaft, eines Wirtschaftsunternehmens sind oder ob wir unseren Auftrag gegenüber dem deutschen Volk wahrnehmen.

(Abg. Peter Bleser [CDU/CSU] nimmt wieder Platz)

– Ich bin noch nicht fertig. Bitte bleiben Sie noch stehen. Sonst kann ich Ihre erste Frage nicht beantworten. – Jetzt läuft aber meine Redezeit schon wieder.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

So ist es; denn ich kenne die Großzügigkeit, mit der bei Zwischenfragen wechselseitig gerne gearbeitet wird.

- (B) **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut, dann antworte ich in meiner Redezeit.

Ja, ich bin Genosse. Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Ich habe im letzten Jahr mit 49 anderen Bäuerinnen und Bauern eine neue Genossenschaft gegründet.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Dann sind Sie auch interessengeleitet!)

Das ist eine Genossenschaft, in der alle mitreden und alle etwas zu sagen haben. Den Filz, Herr Bleser, den Sie und Leute wie Sie verkörpern, haben die Leute aber endgültig satt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemals zuvor sind in Deutschland wie am Samstag 20 000 Menschen mit dem Motto „Wir haben es satt!“ auf die Straße gegangen, weil sie eine andere Landwirtschaft und eine andere Agrarpolitik wollen. Nie zuvor gab es ein so breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, die wollen, dass aus dem Subventionsbetrieb Agrarpolitik ein Gestaltungsinstrument für Europas Landwirtschaft und Landwirtschaft wird, ein starkes Instrument für gesunde Ernährung, fairen Handel und lebendige Dörfer.

Der Vorschlag von EU-Kommissar Ciolos für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik liegt auf dem Tisch.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

(C) Ob es ein großer Schritt vorwärts oder ein Schritt in die Vergangenheit wird, hängt entscheidend davon ab, wie sich Deutschland verhält. Bisher zeigen Sie wenig Mut und reden den Ewiggestrigen das Wort.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ach du grüne Neune!)

Bisher ist Deutschland der schwerste Klotz am Bein der Reformkräfte. Die Bundesregierung ist leider auch hier wieder auf dem besten Weg, eine historische Reform zu verhindern,

(Lachen des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

weil sie nicht den Willen und den Mumm hat, dem alten System Paroli zu bieten,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wie bitte? Wer war denn der Vorreiter bei der letzten Reform? Frau Künast?)

jenem System, das uns gerade wieder Gift in Eiern aufgetischt hat.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wer war denn der Vorreiter bei der letzten Reform?)

Nein, meine Damen und Herren, Rumeiern gilt heute nicht mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D) Wer jetzt den Bäuerinnen und Bauern und den Bürgerinnen und Bürgern sagt, dass alles so bleiben kann, wie es ist, der muss auch ehrlich sein und sagen, was das bedeutet. Das bedeutet: kein Klimaschutz, kein Tierschutz,

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: So ein Quatsch!)

kein Artenschutz, kein Wasserschutz, keine Kühe auf der Weide, keine Bauernhöfe, keine internationale Fairness, kein Ende der Lebensmittelskandale, keine gemeinsame Perspektive für das ländliche Europa.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns eine mutige Agrarreform wagen, damit der ländliche Raum eine große Zukunft hat!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort jetzt dem Kollegen Josef Rief für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Josef Rief (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Koalition ist an einer zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik gelegen. Ja, wir werden alles tun, damit die Landwirtschaft, der ländliche Raum Zukunft behält. Wir sind selbstverständlich für eine europäische Landwirtschaft im Wettbewerb, die nicht nur die europäische Bevölkerung sicher mit Nah-

Josef Rief

- (A) rungsmitteln versorgt, sondern auch einen Beitrag zur Welternährung und zur umweltgerechten Energieversorgung liefert.

(Ulrich Kelber [SPD]: Am besten durch eine Verminderung des Imports von Futtermitteln!)

Was wäre denn die Alternative? Die Vorschläge der SPD und der Grünen würden zu geringeren Direktzahlungen für die deutschen Bauern führen und die bürokratischen Lasten für die Betriebe zusätzlich erhöhen. Deshalb lehnen wir diese Vorschläge ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Glauben Sie an den Popanz, den Sie aufbauen?)

Wir müssen dafür kämpfen, dass die Direktzahlungen nicht vermindert werden und kein europaweiter Sockelbetrag, wie Sie ihn nennen, eingeführt wird – und das alles noch vor dem Hintergrund, dass sich dadurch die Nettozahlerposition Deutschlands massiv verschlechtern würde.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Genau!)

Natürlich – ich möchte das gar nicht kleinreden – profitieren wir von der EU. Wir sollten und müssen auch unserer Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahl entsprechend zum Haushalt der Union beitragen. In meinem Wahlkreis gibt es viele mittelständische Unternehmen wie den Baumaschinenhersteller Liebherr oder den Pharmaproduzenten Boehringer Ingelheim, die weit über die Hälfte ihrer Produkte ins europäische Ausland exportieren. Nur, eines geht nicht: Eine Verschlechterung unserer Nettozahlerposition darf nicht auf dem Rücken der Bauern ausgetragen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Mehr Netto vom Brutto!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt einmal etwas als praktizierender Landwirt: Für viele meiner Berufskollegen machen die Direktzahlungen bis zu 50 Prozent der Einkommen aus. Deswegen: Bitte mehr Sensibilität bei diesem Thema!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt nur Leistungen, wenn der Landwirt nicht weniger als 2 680 Auflagen und 590 Standards, sogenannte Cross-Compliance-Regelungen, einhält, Auflagen, die von Tier- und Pflanzengesundheit über Lebensmittelsicherheit bis hin zu Umweltschutz und Tierschutz reichen. Die Zahlungen sind auch keine Geschenke. Dafür pflegen die Landwirte die Landschaft, damit wir alle sie genießen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und von wegen, die ökologische Landwirtschaft werde zu wenig gefördert! Schon jetzt erhält zum Beispiel jeder ökologisch wirtschaftende Betrieb in Baden-Württemberg eine um durchschnittlich 190 Euro höhere

- Förderung pro Hektar als der Betrieb des konventionell wirtschaftenden Kollegen. (C)

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:
Hört! Hört!)

Sollte die Höhe der Direktzahlungen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und sinken, werden noch mehr Höfe aufgeben müssen. Wollen Sie wirklich, dass der ländliche Raum ausblutet? Wir wollen das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ohnehin war der Strukturwandel, also die Aufgabe von Betrieben, in der rot-grünen Regierungszeit – ich kann Ihnen das nicht ersparen – um 50 Prozent höher als in den letzten Jahren.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Lächerlich, das stimmt überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, es geht hier aber nicht um ein Ausspielen der konventionellen Landwirtschaft gegen die ökologische Landwirtschaft. Wir sind gegen die Ausspielererei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Von einer Umverteilung der Mittel oder – ich sage es klar – von einer Kürzung der Mittel wären beide Bereiche betroffen. Nach der BSE-Krise – das ist schon einige Jahre her, aber ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger wissen das noch – haben SPD und Grüne schon einmal die Agrarwende ausgerufen.

Gebracht hat es gar nichts. (D)

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Bezahlt aber haben es die Bauern mit geringeren Einkommen und die Verbraucher mit Verunsicherung. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gibt die Statistik leider nicht her! Das hat der Agrarbericht nicht ausgewiesen!)

Meine Damen und Herren, die Probleme in der Biobranche sind heute weitgehend dieselben wie in der konventionellen Landwirtschaft; denn auch beim Biomarkt wird das Preisniveau von Lieferanten aus dem Ausland begrenzt. Woher sollen die Milliarden für eine noch stärkere Förderung der Ökolandwirtschaft kommen? Ich sehe das Geld in Brüssel nicht.

Wir brauchen konventionelle und ökologische Landwirtschaft. Jeder – das ist meine Auffassung – soll seinen Betrieb führen, wie er es möchte. Auch für die Bauern muss gelten: Jeder soll nach seiner Fassung wirtschaften. Am Ende wird ohnehin der Verbraucher entscheiden, wofür es einen Markt gibt und wofür nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir treten klar ein für Qualität in Freiheit und sind gegen den Zwang zum Ökosozialismus.

Josef Rief

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das hat aber lange gedauert! – Zuruf von der CDU/CSU: Ökostalinismus!)

Es ist einfach falsch, die ökologische Landwirtschaft als Allheilmittel zur Welternährung anzupreisen und bei jeder Debatte die Systemfrage zu stellen. Gleichzeitig wird bei einem – zugegebenermaßen umfangreichen – Skandal, der wohl, so habe ich es gelesen, von einem Mann mit Stasivergangenheit verursacht wurde, der Weltuntergang beschworen und den Menschen suggeriert, alle gewöhnlichen Lebensmittel seien schädlich. Damit helfen wir niemandem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Der hat das alles gemacht, um den Kapitalismus zu schwächen! – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Der KGB war auch noch beteiligt!)

Was soll das anderes sein als Wahlkampf pur? So geht das nicht.

(Ulrich Kelber [SPD]: Anders als Ihre sachorientierte Rede!)

Die Unionsfraktion wird sich in den nächsten Monaten bei Gesprächen auf EU-Ebene für eine umsichtige Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik einsetzen, die für Verbesserungen offen ist und an Bewährtes anknüpft. Wir fordern die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells mit starker erster Säule und die Beibehaltung des bisherigen Gesamtbudgets für die GAP. Verschiebungen zwischen den Säulen lehnen wir ebenso ab wie eine weitere Belastung mit Cross Compliance.

- (B)

Sogenannte Fachpolitiker, die von vornherein, also noch bevor die eigentlichen Verhandlungen beginnen, auf viel Einkommen der Landwirtschaft verzichten und dabei noch die Nettozahlerposition Deutschlands verstärken wollen, gehören – mit Verlaub gesagt – aus Respekt vor unserem ehemaligen Ministerpräsidenten nicht zum Teufel gejagt, aber doch mit viel Wasser in die politische Wüste geschickt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lieber Kollege Rief, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, zu der ich Ihnen im Namen des Hauses herzlich gratuliere.

(Beifall)

Ich erteile nun das Wort als nächstem Redner dem Kollegen Dr. Wilhelm Priesmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht

auch von mir Glückwünsche von hier vorne an den Kollegen Rief, wenn er denn zuhört. (C)

Noch eine kurze Bemerkung aus dem grünen Idyll von „Kater Krümels Bauernhof“, den der Kollege Ostendorff hier beschrieben hat: Kräht der Rief auf dem Mist, ändert sich die deutsche Agrarpolitik oder sie bleibt, wie sie ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das ist mein Fazit der Rede.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wenn wir uns mit dem Thema einmal ernsthaft auseinandersetzen, dann erkennen auch Sie, dass wir Sozialdemokraten im Hinblick auf die Reform der GAP doch einiges vorzuweisen haben. Wir haben Ihnen bereits vor fast einem Dreivierteljahr – vor allen anderen Parteien hier im Hause und auch vor vielen Verbänden – ein entsprechendes Konzept dazu vorgelegt und in unseren Vorschlägen eine ganz klare Linie dafür formuliert, wo es mit der Agrarpolitik in Zukunft hingehen könnte. Dies haben wir auch aus der Erkenntnis heraus getan, dass die Akzeptanz der jetzigen Agrarpolitik in verschiedenen Bereichen – auch in der Gesellschaft – weitestgehend verlorengegangen ist.

Darum begrüße ich natürlich auch das Konsultationsverfahren, das der EU-Agrarkommissar eingeleitet hat. 6 000 Stellungnahmen aus ganz Europa sind schon ein Erfolg. Ich kann Ihnen sagen: Wir waren auch dabei. Deshalb freuen wir uns, dass wir den mit den Bürgern begonnenen Dialog auch auf der politischen Ebene zielgerichtet zu Ende führen können. Es wird nach meiner Einschätzung keinen radikalen Bruch geben, und es ist hier auch nicht unbedingt die Systemfrage zu stellen, aber es muss dringend Veränderungen geben; denn es besteht ein großer Korrektur- und Handlungsbedarf.

Wenn man sich das von uns vorgelegte Papier anschaut, dann sieht man, dass darin schon die zentrale Forderung enthalten ist, über die heute in Europa diskutiert wird, nämlich die „Begründung“ der Gemeinsamen Agrarpolitik. Für uns gilt primär der Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Die Begrifflichkeit dieses Grundsatzes lassen wir uns von Frau Höhn natürlich nicht stehlen. Das steht in unserem Papier und nicht in dem Papier der Grünen. (D)

Wir müssen wegkommen von der Belohnung für die Einhaltung an sich selbstverständlicher fachlicher Vorgaben und hinkommen zu einer wirklichen Entlohnung konkreter gesellschaftlicher Leistungen, was der Steuerbürger in Europa auch erwarten kann und von der Landwirtschaft erwarten muss.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist nicht allein die Systematik der ersten und zweiten Säule ausschlaggebend, sondern das Ergebnis der Reform dieser Strukturen. Das ist für uns das Entscheidende. Insofern ist das von uns vorgeschlagene Modell an sich weiß Gott kein Dogma, aber am Ende muss doch ein gesellschaftlicher Mehrwert für alle Men-

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) schen in Europa stehen. Das sollte uns bei der Reform der europäischen Agrarpolitik antreiben.

Wir freuen uns, dass unsere Vorschläge in der Weise eingeflossen sind, dass wir fast alles aus unserem Papier in dem Ciolos-Vorschlag wiederfinden. Leider ist die Position der Bundesregierung nicht klar erkennbar. Man sieht zwar, dass es Diskussionen und Handlungsbedarf gibt, aber bislang gibt es keine konkreten Vorstellungen. Ich habe den Eindruck, als sei die Position der Bundesregierung völlig identisch und deckungsgleich mit der Position des Deutschen Bauernverbandes. Ich weiß nicht, ob das der richtige Ansatz ist. Das liegt aber wahrscheinlich daran, dass die Ministerin und die Bundesregierung keine eigene Strategie haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage dazu nur: einfallslos, ideenlos und vielleicht auch – zumindest habe ich die Befürchtung – erfolglos.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Ergebnis der schwarz-gelben Koalition. Ich finde, das ist aufgrund der Rolle, die Deutschland bei Agrarverhandlungen und am Brüsseler Tisch immer gespielt hat, ein Armutszeugnis und der deutschen Landwirtschaft mit ihrem Einfluss und ihrer Bedeutung auch nicht angemessen.

- (B) Die Ministerin hat wohl den falschen Kurs eingeschlagen. Sie fährt auf der falschen Spur, sie fährt in die falsche Richtung, sie erkennt den Gegenverkehr nicht, und wenn sie nicht aufpasst, dann fährt sie zumindest den Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik, der uns betrifft, an die Wand. Das ist das typische Verhalten, das Geisterfahrer zeigen.

Paris, Warschau, Rom: Wo ist das Konzept? Ich glaube, mit der gemeinsamen Positionierung von Frankreich und Deutschland hat die Ministerin für die weitere Diskussion auf der europäischen Ebene mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet.

Uns allen ist klar: Wir brauchen eine grundlegende Reform des Systems. Man kann im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Einkommen darüber philosophieren, ob wir eine Grundsicherung brauchen. Wir haben sie in Form eines Sockelbetrags vorgeschlagen.

Klar ist aber auch: Agrarpolitik ist keine Sozialpolitik. Insofern ist das nach dem Subsidiaritätsprinzip Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten und kann nicht zur Gänze aus dem Agrarhaushalt dargestellt werden. Das gilt auch im Hinblick auf die erforderlichen Konsolidierungsbemühungen, die wir alle zu leisten haben, sei es in unseren Haushalten, in den Haushalten der anderen EU-Mitgliedstaaten oder im EU-Haushalt. Der Handlungsrahmen ist sehr begrenzt. Deshalb brauchen wir ein Konzept, um unter Umständen auch mit einem bisschen weniger ein bisschen mehr zu erreichen.

Für uns ist es wichtig, dass die Werte und öffentlichen Güter, die die Landwirtschaft bietet, honoriert und anerkannt werden, zum Beispiel die Sicherheit unserer Lebensmittel, die Kulturlandschaft in Europa. Höhere Pro-

- duktionskosten müssen berücksichtigt werden. Auch dafür gibt es in unserem Modell einen entsprechenden Vorschlag. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch im Hinblick auf die zweite Säule die Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik reformieren. Dabei stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule. Das lässt sich aber erst dann darstellen, wenn wir den konkreten Finanzierungsrahmen kennen. Auch hierzu machen wir konkrete Vorschläge. Wir wollen, dass die zweite Säule so ausgestaltet ist, dass wir eine echte Politik zu einer integrierten Entwicklung in den ländlichen Räumen darstellen können. Das ist die unbedingte Voraussetzung.

Für uns als Sozialdemokraten zählt nicht so sehr die ideologische Auseinandersetzung über Groß oder Klein; für uns zählen vielmehr die Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen. Das unterscheidet uns von den Grünen,

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist mal eine klare Aussage!)

deren Modell vielleicht nicht mehr so typisch ist. Man muss sich aber den Herausforderungen stellen und sich dazu bekennen, dass man gelegentlich nachsteuern oder auch umsteuern muss.

- In Deutschland gilt es für uns auch in der Konsequenz aus der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, unser zentrales Instrument vor allem in der Umsetzung der zweiten Säule, die GAK, gezielt weiterzuentwickeln. Wir müssen in der Perspektive die Synergien zwischen ELER und EFRE nutzen. Aus diesem Grunde fordern wir die Weiterentwicklung der GAK zu einer Gemeinschaftsaufgabe für ländliche Räume. (D)

(Beifall bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]: Und die Rücknahme der schwarz-gelben Kürzungen!)

Auf all die offenen Fragen der Landwirte, aber auch der Gesellschaft haben Sie bisher keine Antwort angeboten. Welche Strategien haben Sie zum Beispiel angesichts des demografischen Wandel in den ländlichen Räumen? Ich nehme an, dass das in Bayern nicht anders ist als in Niedersachsen.

Mit unserem Antrag und unserer Positionierung zur Gemeinsamen Agrarpolitik haben wir eine klare Roadmap vorgelegt, an der Sie sich orientieren können, wenn Sie den Kurs verloren haben. In dem Zusammenhang kann ich Sie nur auffordern, das, was wir vorlegen, ernsthaft in Ihre Überlegungen einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass es in Europa umgesetzt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Dr. Edmund Geisen ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Internationale Grüne Woche, die uns alle im Augenblick fest im Griff hat,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Leider wahr!)

zeigt wieder einmal eindrucksvoll, welches Potenzial in der Landwirtschaft liegt. Sie ist eine Schlüsselbranche, ohne die die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte – Klimaschutz, Welternährung, Energieversorgung, Erhaltung der Artenvielfalt – nicht zu lösen sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik – kurz: GAP –, die die moderne, effiziente und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft stärkt.

Die FDP-Fraktion steht für eine zukunftsste, unternehmerische und marktorientierte Landwirtschaft. Eine nach der Produktionsweise differenzierte Subventionspolitik mit staatlicher Gängelung – wie in den vorliegenden Anträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert – ist für uns definitiv keine Lösung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Gemeinsame Agrarpolitik war ein Kernelement der Römischen Verträge von 1957.

(B)

Es ging damals vor allem um die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität. Einige von Ihnen werden sich noch gut an damals erinnern. Es war eine relativ arme Zeit, mit sehr viel Handarbeit verbunden, die Produkte der Landwirtschaft dienten in erster Linie der Selbstversorgung, der Versorgung von Mensch und Tier. Die Produktpalette war primitiv, die Qualitätsstandards ließen viel zu wünschen übrig. Ich selbst erinnere mich als Kind der Landwirtschaft an Missernten und an viele Krankheiten bei Pflanzen und Tieren. Es gab noch richtige Mangelperioden.

Warum sage ich das? Weil ich klarmachen will: Wer die Vergangenheit idealisiert, der irrt. Die Zukunft darf niemals wieder in die Verhältnisse der Vergangenheit münden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Technische Entwicklungen, Nährstofftransfers, Züchtungsmethoden und Krankheitsbekämpfung haben uns in den vergangenen vier Jahrzehnten in Westeuropa Wohlstand und natürlich auch Überschüsse beschert. Bei der Lösung des Problems der Überschüsse hat sich die EU lange mit Lagerhaltungsmethoden und Mengengrenzungen über die Zeit gerettet, ohne dabei dem Problem des Welthungers zu begegnen und ohne die EU-Landwirtschaft auf die Zukunft auszurichten. Unsere jetzige Devise muss lauten: Lasst uns aus der Vergangenheit lernen und die Zukunft neu ausrichten!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Unsere Parameter sind die rasant steigende Weltbevölkerung mit ihrem Bedarf an Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz. Für die FDP heißt die Zukunft: Stärkung der bäuerlich-unternehmerischen Landwirtschaft, die standortgerecht, nachhaltig und effizient wirtschaftet, die arbeitsteilig, technisiert, tier- und umweltgerecht ist, kurz: die gemäß dem Leitbild der guten fachlichen Praxis arbeitet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Landwirtschaft ist kein Wirtschaftszweig wie jeder andere; das wird in der öffentlichen Diskussion oft vergessen. Landwirtschaft ist für Mensch und Tier von existenzieller Bedeutung, die Produktionsverfahren sind – wie sonst nirgendwo – abhängig von stetig vorhandenen Klimaschwankungen und lebenden Organismen. Gleichzeitig ist Landwirtschaft verantwortlich für den Erhalt unserer Kulturlandschaften und der attraktiven ländlichen Räume. Diese gesamtgesellschaftlichen Leistungen müssen auch weiterhin in der ersten Säule der GAP honoriert werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich müssen diese Prämien an die Einhaltung von Umwelt- und Tierschutzstandards gebunden sein, den sogenannten Cross-Compliance-Vorschriften. Sie dürfen aber erstens nicht zu noch mehr Bürokratie auf den heimischen Höfen führen und müssen zweitens für alle EU-Mitgliedstaaten gleich gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich jedenfalls wende mich entschieden gegen eine sogenannte Flatrate, die in allen Mitgliedstaaten gleich ist. Dafür sind die Kaufkraftunterschiede noch zu groß, wodurch es zu Wettbewerbsverzerrungen käme.

Mit der zweiten Säule der GAP sind besondere, darüber hinausgehende gewünschte Leistungen zu begleiten, um eine flächendeckende Landwirtschaft und prosperierende ländliche Räume zu erhalten und weitere freiwillige Umweltmaßnahmen zu unterstützen.

Die europäische Landwirtschaft ist seit der GAP-Reform 2003 eigentlich auf einem guten Wege. Sie muss jetzt nicht wieder neu erfunden, sondern lediglich weiterentwickelt und optimiert werden. Sie wissen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Nehmen wir das von Kommissar Ciolos immer wieder eingeforderte Greening der GAP. Das unterstützen wir, solange anerkannt wird, dass unsere heimische Landwirtschaft schon weiter ist als andere. Wir in Deutschland haben zum Beispiel bereits Sachkundenachweise in allen Produktionssparten, die uns zu nachhaltigem Wirtschaften gemäß guter fachlicher Praxis befähigen.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das ist die Wahrheit!)

Wir haben auf die Flächenprämie umgestellt. In keinem anderen EU-Mitgliedstaat werden Ackerland und Grünland völlig gleich behandelt. Schätzungsweise die Hälfte der deutschen landwirtschaftlichen Fläche unterliegt be-

(C)**(D)**

Dr. Edmund Peter Geisen

- (A) reits jetzt einem Greening. Wir in Deutschland haben schon heute die geringsten Emissionen zum Beispiel pro Kilogramm Milch EU-weit. Ich sage Ihnen: Die deutsche Landwirtschaft ist gelebtes Greening.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ideologisierung und Emotionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion führen ganz sicher nicht zu besseren Produkten, eher zur Verblendung der Verbraucher. Stattdessen wollen wir die europäische Landwirtschaft zukunftsfest machen, indem wir die Chance zu einem grünen Wachstum ermöglichen – nachhaltig, effizient, qualitativ hochwertig. Die heimische Landwirtschaft ist auf einem guten Weg. Sie kann sich der Unterstützung der FDP-Fraktion auch künftig sicher sein.

Uns allen möchte ich noch Folgendes empfehlen: Wir sollten uns nicht immer darüber beschweren, dass die Rosen Dornen tragen, sondern wir sollten uns auch einmal darüber freuen, dass die Dornen Rosen tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Steffen Bockhahn für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Steffen Bockhahn (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen den Wert der Landwirtschaft für unser Land: Ohne gute Landwirtschaft haben wir alle nichts Gutes zu essen.

Wir sprechen heute darüber, wie die gemeinsame europäische Planung, die Förderpolitik für die Landwirtschaft aussehen soll. Wir sprechen über den einzigen Politikbereich, in dem es eine wirkliche Harmonisierung der Politik in ganz Europa gibt. Angesichts dessen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, muss ich mit einiger Überraschung feststellen, dass es der Koalition scheinbar nur darum geht, deutsche Interessen durchzusetzen, anstatt über eine gemeinsame europäische Agrarpolitik zu sprechen. Das finde ich ein bisschen schwach.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Klar ist wohl, dass wir die Förderung der Landwirtschaft auch über das Jahr 2013 hinaus brauchen, und zwar auch und gerade durch Europa und mit Mitteln aus dem europäischen Haushalt.

Die Frage ist aber: Welche Landwirtschaft wollen wir denn fördern? Wir, die Linke, wollen eine Landwirtschaft, die gesunde Produkte aus gesunder Natur von Menschen erzeugt, die gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall der Abg. Karin Binder [DIE LINKE] – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das haben wir ja! Das ist so!)

(C) Das ist kein Wolkenkuckucksheim, sondern das ist real möglich. Das bedeutet für uns, dass wir landwirtschaftliche Betriebe fördern wollen, die in der Hand der Landwirte und nicht in der Hand von großen Kapitalgesellschaften oder von Menschen sind, die Landwirtschaft nur als Hobby betreiben, aber damit kein echtes Produktionsinteresse verfolgen. Wir wissen, dass gerade Produktionsgenossenschaften am verantwortungsvollsten mit den Böden und mit der Natur umgehen und dass sie sich am verantwortungsvollsten darum bemühen, tatsächlich gute Produkte zu erzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Edmund Peter Geisen [FDP]: Du hast keine Ahnung!)

Gerade deswegen wollen wir diese Produktionsgenossenschaften fördern.

Wir wollen aber große Agrarunternehmen, die in Produktionsgenossenschaften organisiert sind, und den ökologischen Landbau nicht gegeneinander ausspielen. Wir glauben, dass beides geht und dass beides nebeneinander existieren kann und muss. Das heißt, dass wir schon deswegen jeden Versuch kategorisch ablehnen werden, die Zahlungen von der Größe der bewirtschaftenden Fläche abhängig zu machen – Stichwort „Degression“ oder „Kappung“. Das würde gerade ostdeutsche Landwirtschaftsbetriebe diskriminieren und ist in der Sache auch unbegründet.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das nennt man Modulation!)

(D) Wir wollen – das ist ganz klar – die Landwirtschaft weiter unterstützen; denn flächendeckende, gute Landbewirtschaftung ist nicht selbstverständlich. Die Kulturlandschaft zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe, um die sich gerade die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland verdient machen. Dabei müssen wir sie weiterhin unterstützen. Wir brauchen eine gute Landwirtschaft, um auch die ländlichen Räume zu erhalten und lebenswert zu halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke schlägt Ihnen deswegen in ihrem Konzept vor, die Fördermittel für die Landwirtschaft künftig zielgenauer an soziale und ökologische Leistungen zu binden. „Soziale Bindung“ heißt, die Zahl der Arbeitsplätze zu berücksichtigen. Das würde tierhaltenden Betrieben zugutekommen.

Selbstverständlich muss die Arbeit existenzsichernd und, wo vorhanden, nach dem nationalen Mindestlohn bezahlt werden. Das will auch die EU-Kommission, mit der wir uns an der Stelle sehr einig sind. In Deutschland sind wir aber die einzige Partei, die eine solche Bindung will.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es reicht aus unserer Sicht nicht aus, die Umweltpolitik weiter auf die Förderprogramme für die ländlichen Räume zu beschränken. Es muss Anliegen und Verantwortung aller Betriebe sein, die biologische Vielfalt auf und neben dem Acker tatsächlich zu erhalten und einen

Steffen Bockhahn

- (A) Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, zur Ressourcenschonung beizutragen und die Gewässer reinzuhalten. Das alles sind Aufgaben, die für die europäische Landwirtschaftspolitik insgesamt gelten sollten.

Wir haben an dieser Stelle die Chance, mit deutschem Know-how deutsche Unternehmen zu fördern und darüber hinaus gute Standards in ganz Europa zu verankern und damit eine wirkliche gemeinsame europäische Agrarpolitik zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die bisher bekannten Vorstellungen der EU-Kommission – dies habe ich bereits kurz angesprochen – kommen unseren Vorstellungen schon sehr stark entgegen. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher fordern eine Debatte über die Neuausrichtung der Agrarpolitik. Ich denke – das muss man klar sagen –, dass auch bei den Landwirten ein Umdenken erforderlich ist. Es gibt ein großes Bedürfnis, einiges zu ändern; nicht alles, aber einiges. Das sollte man wahrnehmen und ernst nehmen und sich dann auch mit den Konsequenzen auseinandersetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Marlene Mortler für die CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zum Kollegen Priesmeier: Ihre Rede kam mir ziemlich konzeptlos vor.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie haben leider recht!)

Dass gerade Sie der Ministerin Vorwürfe machen, das trifft den Nagel wirklich nicht auf den Kopf. Was glauben Sie, wozu unsere Ministerin Aigner pausenlos und in jedem Mitgliedstaat unterwegs ist? Um ihr überzeugendes Konzept einer gemeinsamen Agrarpolitik vorzustellen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wer die Genossenschaften vor allem im Agrarbereich an dieser Stelle schlechtredet, der soll mir erst einmal ein besseres Modell nennen. Wir sollten froh sein, dass wir es haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Erik Schweickert [FDP])

Nun zum Antrag der Grünen – ich kann nicht alles aufgreifen –: Es ist schon eine Ungeheuerlichkeit, wenn man lesen muss: „Die Landwirtschaft darf Biodiversität

nicht länger zerstören ...“. Man muss lesen, dass die Landwirtschaft Teil des Problems ist. Selbst wenn wir Menschen allein auf dieser Welt wären, wären wir Konkurrenten zur Biosphäre. (C)

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn das für ein Blödsinn?)

Wir können in unserem Land und weltweit auf vieles verzichten, aber nicht auf Nahrungsmittelerzeugung, weil sie die Grundlage unserer Menschheit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb ist die Landwirtschaft nicht das Problem, sondern sie ist Teil der Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Selbst das Europäische Parlament bestätigte letzte Woche die strategische Bedeutung des EU-Agrarsektors für die Welternährung.

Zu Ihnen, Kollege Ostendorff, ganz persönlich: Auch ich verarbeite in meinem Betrieb Bioprodukte; aber ich habe einen anderen Anspruch und einen anderen Ansatz. Ich bin nämlich Vertreterin einer Volkspartei, der Union, und ich habe das Ganze im Blick. Das ist mein Anspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich betreibe Politik nicht nur für eine Klientel, für 5 Prozent der Bauern, sondern für alle Bauern. Alle Bauern, die nach bestem Wissen und Gewissen wirtschaften, das heißt, sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen, verdienen unsere Anerkennung. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wissen Sie, was Sie für mich sind? Sie sind ein Nestbeschmutzer; ich möchte das ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Herr Präsident, ist das parlamentarisch? – Ulrich Kelber [SPD]: Das merke ich mir, dass das parlamentarisch ist!)

Was Sie hier betreiben, ist Kulturkampf. Wir sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir alle in einem Boot sitzen.

Übrigens – nehmen Sie es nicht persönlich –, auch Ökoschweine müssen am Ende ihres Nutztierlebens geschlachtet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Mortler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ostendorff?

(A) **Marlene Mortler (CDU/CSU):**
Nein.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schade! – Ulrich Kelber [SPD]: Sie sind peinlich!)

Das besprechen wir hinterher.

Selbst der größte Bioland-Geflügelbetrieb – auch das gehört zur Wahrheit – hat immerhin 300 000 Nutztiere im Stall.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: So ist es!)

Wenn wir über Landwirtschaft und gemeinsame Agrarpolitik reden, reden wir eben über Nutztierhaltung und nicht über Kuscheltierhaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir teilen an dieser Stelle selbstverständlich die drei strategischen Ziele von EU-Kommissar Ciolos: Ernährungssicherheit, hochwertige und sichere Nahrungsmittel sowie Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum erhalten. Wir sagen aber: Dieser Ansatz muss erweitert werden. Wir brauchen in Zukunft mehr denn je eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Wir teilen mit Ihnen den Ansatz einer nachhaltigen Landwirtschaft. Vor allem geht es uns um eine flächendeckende Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Wir wollen eine Landwirtschaft, die modern, innovativ ausgerichtet ist. Sie muss im Einklang mit Wissenschaft und Forschung stehen; ihr sollten die neuesten Erkenntnisse zugrunde liegen. Sie muss darauf ausgerichtet sein, Ressourcen zu sparen und so zur Optimierung beizutragen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist eben keine Frage von Klein oder Groß, sondern es ist eine Frage von Können und Wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

In meinem alten Kuhstall zu Hause – er war wirklich alt – hatten die Tiere fast keinen Platz. Er war dunkel und miefig, und ich musste das Futter mit der Gabel quasi über die Kühe hinüber schmeißen, weil so wenig Platz war. Heute haben wir Ställe – und Möglichkeiten –, in die ich gerne gehe und sage: Hallo, wie schön ist die Welt auch für unsere Tiere.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich denke, wir haben ein gemeinsames Thema und auch ein gemeinsames Anliegen: Das ist der Erhalt der Gebietskulisse für benachteiligte Gebiete. Wenn Sie uns wirklich helfen wollen, dann treten Sie mit dafür ein. Wir wissen, was die Kommission hier vorhat. Wir wissen aber auch, dass es hier maximalen Aufwand und am Ende maximalen Ärger – zumindest aus deutscher Sicht – geben wird.

(C) Noch eines: Nehmen Sie – auch auf der linken Seite dieses Hauses – zur Kenntnis, dass mein Bundesland Bayern seit vielen Jahren über 40 Prozent der Direktzahlungen, also der Zahlungen aus der ersten Säule, ins Grünland, in den Bereich Leguminosen und in den Bereich extensive Bewirtschaftungsformen steckt. Das heißt, wir haben mit der Ökologisierung längst begonnen. Wir sind den anderen Mitgliedstaaten viele Schritte voraus, und wir wollen auch weiterhin Vorbild sein. Wir lassen es aber nicht zu, dass Sie am Fundament unserer bewährten Umweltprogramme rütteln, was die Folge Ihrer Ideen und Konzepte wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist und bleibt aus meiner Sicht unseriös, wenn Sie behaupten, wir, Europa, würden die Märkte der Entwicklungsländer zerstören und zuschütten. Sie wissen, wir sind ein Hochlohnland, und wir liefern in der Regel in Hochlohnländer. Sie kennen natürlich die Fakten genau, aber Sie unterstreichen auch mit diesen Falschaussagen Ihr ideologisches Weltbild. Wirklich schade, meine Damen und Herren!

Ich komme zum Schluss. Unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit. Sie sind darauf angewiesen, dass das Geldvolumen bekannt ist, bevor Gelder verteilt werden. Wir setzen uns für sichere heimische Lebensmittel, für eine gepflegte, schöne, flächendeckende Kulturlandschaft und auch dafür ein, dass Landwirtschaft in Zukunft ihren Beitrag zur Energieversorgung und zum Klimaschutz leistet.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Das heißt, wir kämpfen für eine starke europäische Agrarpolitik auf einem soliden finanziellen Fundament. Für diese starke europäische Agrarpolitik, Herr Präsident, wollen wir uns alle hier in dieser Koalition auch in Zukunft gemeinsam einsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Bereitschaft des Präsidenten, an dieser starken europäischen Landwirtschaftspolitik mitzuwirken, kommt auch in den Zuschlägen zu den Redezeiten eindeutig und eindrucksvoll zum Ausdruck – auch noch in der Möglichkeit, die der Kollege Ostendorff jetzt noch für eine Kurzintervention erhält.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Schönen Dank, Herr Präsident! – Nach diesem Feuerwerk an Angriffen auf mich lassen Sie mich einige wenige Anmerkungen machen. Ich glaube, dass bisher für alle hier in diesem Haus unbestritten war, dass wir bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts im mitteleuropäischen Raum die höchste Artendichte hatten. Das war, glaube

Friedrich Ostendorff

- (A) ich, der bisherige Erkenntnisstand – auch in Bayern und in Franken, Frau Mortler.

Ich glaube auch, dass wir nach dem bisherigen Erkenntnisstand in der Agrarbiologie, im Naturschutz usw. sagen können, dass durch die Intensivierung der Landwirtschaft Druck auf die Artenvielfalt entstand.

(Zuruf von der FDP: Stimmt nicht!)

Ich denke, das ist der gemeinsam getragene Erkenntnisstand.

Wie Sie zu der Aussage kommen, dass der Mensch durch sein Erscheinen auf der Erde die Artenvielfalt nach unten gedrückt hat, entzieht sich meiner Kenntnis und, ich glaube, auch der Erkenntnis der meisten Fachleute hier im Raum. Ich denke, dass die bäuerliche Bewirtschaftung – eine bestimmte Bewirtschaftungsform – die höchste Artendichte geschaffen hat. Das ist das, was bisher an Allgemeinwissen zur Verfügung steht. Wenn Sie da widersprechen wollen, tun Sie es bitte energisch oder schweigen Sie bei diesem Punkt.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Peter Bleser [CDU/CSU]: Sie können sich auf die energische Variante verlassen!)

- (B) Ich glaube, dass wir auch überlegen sollten, ob es klug ist, zu versuchen, uns bzw. die Landwirtschaft von der übrigen Gesellschaft abzugrenzen. Ich werbe ausdrücklich dafür, dass wir versuchen, mit den 20 000 Demonstranten vom Samstag einen konstruktiven Dialog zu führen. Ich glaube, dass das für die Zukunft der Landwirtschaft wichtig ist. Ich würde mich auch freuen, eine Aussage Ihrerseits darüber zu erhalten, wie Sie diese Bewegungen bewerten. Wenn Sie das aufrechterhalten, dann bin ich stolz auf die Titulierung „Nestbeschmutzer“. Dann sage ich schönen Dank an Sie.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur Erwiderung Frau Kollegin Mortler.

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich werde Ihre verschiedenen Fragen nicht in einem scharfen Ton, sondern in meinem Ton beantworten. Zur letzten Frage: Nein, ich war bei dieser Bewegung bzw. dieser Demo nicht dabei. Das macht deutlich, dass ich wenig davon halte. Denn ich stehe hinter der Mehrheit meiner Bäuerinnen und Bauern. Was hier betrieben worden ist, war in hohem Maße Nestbeschmutzung und Verdummung der Leute. Wenn Sie mehr darüber wissen wollen – damit beantwortet sich schon die nächste Frage; Sie haben mir einfach nicht zugehört –, dann kommen Sie zu mir in die Nachhilfesteunde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Wir schicken Ihnen mal die Studie des Bundesamts für Naturschutz zu!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

(C) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/4542 und 17/2479 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschädigungsleistungen für Opfer der Zwangssterilisierung und der „Euthanasie“ in der Zeit des Nationalsozialismus

– Drucksache 17/4543 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir offenkundig so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Manfred Kolbe für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die laufenden monatlichen Leistungen für Zwangssterilisierte und Überlebende von „Euthanasie“-Maßnahmen nach den AKG-Härterichtlinien ab dem 1. Januar 2011 von monatlich 120 auf monatlich 291 Euro zu erhöhen. (D)

Es ist kein Zufall, dass wir diesen Antrag heute, am 27. Januar 2011, in den Deutschen Bundestag einbringen. Denn gemeinsam mit den europäischen Juden, den Sinti und Roma und anderen waren auch die auf der Grundlage des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 Zwangssterilisierten sowie die Betroffenen von „Euthanasie“-Maßnahmen Opfer nationalsozialistischer Unrechts.

Das sogenannte Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde am 14. Juli 1933, kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, auf der Grundlage des seit März 1933 geltenden Ermächtigungsgesetzes von der Reichsregierung allein in Kraft gesetzt und betraf die Sterilisation geistig Erkrankter und Schwerbehinderter, auch gegen deren Willen. Das Gesetz beruhte nicht auf einem vorherigen preußischen Gesetzentwurf; denn ein solcher hatte als unabdingbare Voraussetzung noch die Einwilligung des zu Sterilisierenden gefordert.

Die Zielsetzung des Gesetzes war rassistisch, wie sich aus einer Ausführungsverordnung eindeutig ergibt:

Ziel der dem deutschen Volk artgemäßen Erb- und Rassenpflege ist eine ausreichend große Zahl erbgesunder, für das deutsche Volk rassistisch wertvoller, kinderreicher Familien zu allen Zeiten. Der Zuchtgedanke ist Kerngehalt des Rassegedankens.